

Wesentliche Sozial- und gesellschaftspolitische Themen der Plenartagung im Dezember 2012

NAT 539 Soziale Landwirtschaft: Unterstützung benachteiligter Menschen durch Therapie, Rehabilitation, Wiedereingliederung im Rahmen der Landwirtschaft ist das Thema dieser Stellungnahme.

Da in Deutschland kaum ähnliche Angebote in der Regelfinanzierung, etwa SGB III, SGB VIII, SGB XII bekannt sind, scheinen einzelne deutsche Initiativen ggf. über den Europäischen Sozialfonds finanziert zu sein. Es scheinen in anderen Mitgliedstaaten relevante Interessen am Einsatz von EU-Mitteln für solche Projekte in der Landwirtschaft zu bestehen. Eine stärkere sozial inklusive Ausrichtung landwirtschaftlicher Unternehmen wäre in der Tat zu unterstützen, noch mehr allerdings eine sozial verträgliche landwirtschaftliche Infrastruktur, in welcher familien- und betreuungsfreundliche Klein- und Familienbetriebe gegenüber der Agrarindustrie wieder eine Chance bekommen. Dieser Gedanke war leider nicht Teil der Stellungnahme. Das Feld sollte jedoch auch deswegen weiter beobachtet werden, da beim Konzept soziale Landwirtschaft Missbrauchsmöglichkeiten für den Einsatz von benachteiligten Billigarbeitern auf der Hand liegen.

SOC 473 Europäische Hilfe für die Ärmsten: Das umstrittene Kommissionsvorhaben Europäischer Fonds für die Ärmsten war zwar noch nicht Gegenstand der Plenardebatte, aber es hat Hintergrundgespräche dazu gegeben. Das Vorhaben, aus Steuergeldern kommerziellen Lebensmittelkonzernen Produkte abzukaufen, um sie dann an die Ärmsten zu verteilen, stößt bei vielen aufgeklärten Sozialpolitikern auf scharfe Ablehnung. Es erfreut sich aber in ärmeren Mitgliedstaaten, aber auch in Frankreich, einiger Beliebtheit. Französische soziale Dienste meinen, mit Armen nur in Kontakt zu kommen, wenn sie Lebensmittel anbieten. Auch die deutsche Tafelbewegung dürfte dem Konzept zugeneigt sein. Zeitgemäßere Ansätze würden dagegen eher Beratung, psychosoziale Betreuung, eine finanzielle Existenzsicherung als Rechtsanspruch unter Anerkennung der Würde des Einzelnen und seiner Selbständigkeit und Wege der Wiedereingliederung suchen. Das in Deutschland vorfindliche Nebeneinander von Tafeln und staatlicher Existenzsicherung stellt sozialrechtlich das Grundsicherungskonzept auf den Kopf, reduziert den rechtlichen „Hilfebedarf“ und kann ggf. zu einer Absenkung der

Existenzsicherungsleistung führen. Es ist jedoch fraglich, ob dies von den Beteiligten gewünscht wird.

Manche Mitgliedstaaten scheinen die Lebensmittelverteilung anstelle einer regulären Sozialpolitik zu betreiben. Sie fordern daher im EWSA-Papier eine 100% Finanzierung durch die EU, was den Kommissionsvorschlag noch übertrifft und auch auf rechtliche Bedenken stoßen muss. Die Arbeitgeber im EWSA halten die Lebensmittelverteilung nur als Kriseninterventionsmaßnahme für tragbar. Es ist aber unklar, welchen Einfluss sie auf das Papier gewinnen. Vertreter nördlicher Sozialstaaten sind über den Gegenstand dieser Stellungnahme schockiert.

INT 650 Bericht über die Wettbewerbspolitik 2011: Während die Kommission nunmehr die vom EWSA länger geforderte Berichtsform gewählt hat, richtet sich die Hauptkritik des EWSA auf die Ressortbeschränkung des Inhalts. Obwohl für Wettbewerbsbedingungen eine Vielzahl von Politikbereichen relevant sind, beschränkt sich die Kommission auf Themen der Generaldirektion Wettbewerb. Außenhandelspolitik und Binnenmarktpolitik sind dabei nur zwei Bereiche, die einbezogen werden müssten. Die Renationalisierung des Diskurses aufgrund der Finanzkrise stellt den Binnenmarkt vor Herausforderungen, die im Wettbewerbsbericht noch nicht abgebildet sind. Mit Drittländern muss eine Zusammenarbeit stattfinden mit dem Ziel „offener und fairer Märkte“. Der Ausschuss bedauert, dass der Legislativvorschlag für Schadensersatzklagen bei kartellrechtlichen Verstößen nicht angenommen wurde, da er den Verbraucherschutz wesentlich gestärkt hätte. Die Stellungnahme vermerkt kritisch, dass inzwischen staatliche Beihilfen von insgesamt 1,6 Billionen Euro für die Rettung von Banken ausgegeben wurden, ohne dass dies die Krise sichtbar entschärft hätte.

SOC 472 Europäisches Jahr der seelischen Gesundheit: Die auf Initiative der BAGFW initiierte und von mir geleitete Studiengruppe hatte in einem Hearing u.a. Vertreter von Betroffenenengruppen, europäischer Verbände, von Unternehmensprojekten und deutschen sozialen Diensten zu Gast. Besonders bewegend waren dabei die Berichte von Betroffenen, die nach eigener Darstellung Jahre oder Jahrzehnte ohne Notwendigkeit in der geschlossenen Psychiatrie verbracht hatten. Vorbildliches Unternehmerhandeln zeigte ein Bericht aus der British Telekom. Mit Schwerpunkt auf den Lebenslagen Arbeitswelt, Jugend und Alter ist es gelungen den Begriff „seelische Gesundheit“ im Text zu halten und damit eine große Breite von Beeinträchtigungen anzusprechen. Qualifizierte ambulante Versorgungsstrukturen, Zugänglichkeit, Beschränkung der geschlossenen Unterbringung sind ebenso

Themen des Papiers wie die Frage gelungener betrieblicher Prävention. Im Vordergrund steht das Ziel, Menschen aus Scham, Schweigen, Diskriminierung und Stigmatisierung zu befreien und neue Lebensperspektiven zu eröffnen. Welches Jahr ein solches Themenjahr werden könnte, ist noch offen. Allerdings haben wir daneben andere Wege beschrieben, um das Thema auf der Tagesordnung zu halten. Die Kommission hat sich intensiv an den Beratungen der Studiengruppe und am Hearing beteiligt und plant eigene Schritte, um das Thema voranzubringen. Der Expertin Frau Dr. Scholz vom Diakonischen Werk der EKD gilt besonderer Dank für ihre engagierte Arbeit. Die Stellungnahme hat sowohl in der Fachgruppe wie im Plenum eine höchst interessierte und zustimmende Aufnahme gefunden und wurde fast ohne Gegenstimmen verabschiedet.

Weitere relevante Themen waren: EUR 004 Handeln für Wachstum, Stabilität und Beschäftigung, Qualität der Eisenbahnen (staatsrechtlich gesehen nach wie vor ein Thema der Daseinsvorsorge), Wasserversorgung, CCMI 101 personenbezogene Dienstleistungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich.

Prof. Dr. Bernd Schlüter, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss